

# Mutiges GRÜNES- Sofortprogramm für Klimaschutz!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller\*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)  
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen  
Status: Zurückgezogen

## Antragstext

1 Im Jahr 2015 hat sich die Weltgemeinschaft in Paris gemeinsam das Ziel gesetzt, die globale  
2 Erhitzung deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C zu halten, um heutigen wie folgenden  
3 Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Die Klimaforschung ist sich einig: Nur  
4 wenn sämtliche Planungen und Maßnahmen auf das 1,5 Grad-Ziel gemäß des Pariser Vertrags  
5 ausgerichtet werden, lassen sich die dramatischen Folgen eines globalen Temperaturanstieges  
6 begrenzen. Der Kampf gegen die globale Überhitzung unseres ist die vorrangige  
7 Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts. Daher fordern wir GRÜNE, das anspruchsvolle Ziel  
8 einer maximalen Erhitzung von 1,5°C zum Leitmotiv des Klimaschutzpfades in Deutschland zu  
9 machen. Schon eine Erhitzung von 2 Grad würde die Lebensgrundlage von bis zu 500 Millionen  
10 Menschen weltweit bedrohen - unter anderem durch Wassermangel und durch die Ausdehnung  
11 von  
12 Wüsten. Dabei geht es nicht mehr um ein fernes Zukunftsszenario: Die gravierende  
13 Klimakatastrophe zwingt schon heute weltweit mehr Menschen zur Flucht als sämtliche Kriege  
14 zusammen. Und auch mitten in Europa zeigen sich die Auswirkungen der Klimakrise mehr und  
15 mehr: Denken wir doch nur an den Extremsommer im vergangenen Jahr und in diesem Jahr – 30  
16 Grad Celsius am Polarkreis, Waldbrände von Griechenland bis Schweden, ausgedörrte  
17 Landschaften und Ernteausfälle in halb Europa.

18 Wir müssen viel schneller werden als zwischenzeitlich gedacht, weil wichtige Jahre und  
19 Jahrzehnte lang der ernsthafte Klimaschutz verschlafen wurden. Wir werden unsere Politik  
20 danach ausrichten, im Zeitraum zwischen 2035 und 2040 Klimaneutralität erreicht zu haben.  
21 Die Ideen, Instrumente und Technologien für ernsthaften Klimaschutz sind vorhanden. Die  
22 Unterstützung in der Bevölkerung wächst und wächst. Die Kinder, von denen wir unsere Erde  
23 nur geborgt haben, gehen zu Hunderttausenden für Klimaschutz auf die Straße. Etliche  
24 Unternehmen haben sich auf den Weg gemacht, weil sie wissen, dass eine Green Economy neue  
25 Wertschöpfungsketten und neue Arbeitsplätze schaffen wird. Klimaschutz ist nicht nur die  
26 ökologische Schicksalsfrage, sondern auch maßgeblich für die Zukunft unserer Wirtschaft:  
27 Eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise achtet weltweit Menschen- und  
28 Tierrechte, hält die planetaren Belastungsgrenzen ein und wagt eine Abkehr von maßloser  
29 Überproduktion und Massenkonsum. Nicht nur im Interesse des Industriestandortes, sondern im  
30 Interesse der Menschen, des Gewerbes und des Handels ist der Übergang zu einer  
31 ressourcenleichten Produktion ohne Klimabelastung zu erzielen. Nur so schaffen wir ein  
32 dauerhaft lebenswertes Deutschland und erhalten unseren lebenswerten Planeten so, wie wir  
ihn bisher kennen. Wir wünschen uns, dass Klimaschutz als Chance für wirtschaftlichen

33 Erfolg, nachhaltiges Unternehmertum und Innovation sowie Motor des Arbeitsmarktes begriffen  
 34 wird. Wir erwarten die Weiterentwicklung unserer Sozialen Marktwirtschaft im Sinne eines  
 35 sozio-ökologischen Wirtschaftsmodells, das die breit diskutierten Ideen von Postwachstum,  
 36 Kreislaufwirtschaft und Gemeinwohlökonomie einbezieht.

37 Die Europawahl und die Fridays-for-Future-Bewegung zeigen, dass die Bürger\*innen  
 38 konsequenten Klimaschutz wollen und keine parteipolitische Bedenkenträgerei. Es braucht  
 39 jetzt einen gemeinsamen gesamtgesellschaftlichen und politischen Kraftakt, um den Pariser  
 40 Klimavertrag zu erfüllen und unserer und besonders allen zukünftigen Generationen die Chance  
 41 zu geben, weiter in Freiheit zu leben. Es ist daher allerhöchste Zeit, dass die  
 42 Bundesregierung mit ambitionierten Maßnahmen den Klimaschutz in unserem Land vorantreibt,  
 43 statt ihn weiter zu blockieren. Wir legen hier ein Sofortprogramm vor, mit dem Bund und  
 44 Länder den Klimaschutz jetzt gemeinsam voranbringen können. Dies ist gleichzeitig ein  
 45 Forderungskatalog an die Bundesregierung. Das Klimakabinett muss umgehend entscheidende  
 46 Weichen stellen, und zwar in folgenden drei Bereichen:

- 47 1. Die zügige Einleitung des **Kohleausstiegs und der Abschluss desselben bis 2030**, viel  
 48 mehr  
 49 Schwung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine effizientere Nutzung von Energie
- 49 2. Einen **CO<sub>2</sub>-Preis von anfänglich mindestens 60 Euro pro Tonne**, der ökologisch  
 50 wirksam,  
 51 sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll ist – damit klimafreundliches Verhalten belohnt und  
 52 klimaschädliches Verhalten verteuert wird
- 52 3. Ein **Klimaschutzgesetz**, das den gesetzlichen Rahmen für konkrete Maßnahmen in allen  
 53 Sektoren schafft und so für Planungssicherheit sorgt für die Bereiche Wärme, Verkehr,  
 54 Industrie und Landwirtschaft.

#### 55 **Zentrale Forderungen vorab zusammengefasst:**

- 56 • Eine sektorübergreifende CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Höhe von zunächst **60 € pro Tonne CO<sub>2</sub>-**  
 57 **Äquivalent** ist einzuführen. Die Einnahmen werden den Bürger\*innen durch eine  
 58 deutliche  
 59 Absenkung der Stromsteuer und durch eine jährlich auszuzahlende Pro-Kopf-Klimaprämie  
 60 vollständig zurückgegeben. Davon profitieren vor alle Menschen mit geringere  
 61 Einkommen.
- 61 • Wir wollen den **Kohleausstieg spätestens bis zum Jahr 2030**, dies muss gesetzlich  
 62 verankert werden.
- 63 • Der Ausbaudeckel bei erneuerbaren Energien und die EEG-Umlage für den  
 64 Eigenverbrauch  
 65 sind umgehend zu streichen. Denn das Ziel ist: **100 Prozent Erneuerbarer Strom in**  
 66 **2030**.  
 67 Solarkraftwerke insbesondere an Autobahnen und Schienen und Windparks bis 18 MW  
 68 Leistung müssen ohne Ausschreibungen möglich gemacht werden.
- 67 • Die Befreiung von der EEG-Umlage muss strikt auf Betriebe begrenzt werden, die  
 68 nachweislich einen erheblichen Wettbewerbsnachteil aufgrund eines im internationalen  
 69 Vergleich höheren Industrie-Strompreises haben.
- 70 • Neuzulassungen von mit fossilen Kraftstoffen betriebenen **PKW** werden ab dem Jahr  
 71 **2030**  
 72 untersagt. Solange noch mit fossilen Kraftstoffen angetriebene Kraftfahrzeuge auf dem

- 72 Markt sind, wird solle die Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge durch ein Bonus-  
73 Malus-System gefördert werden.
- 74 • Wir setzen auf jährlich angepasste Zulassungsquoten zur schrittweisen Reduzierung der  
75 fossiler LKW, Busse, Baumaschinen, Nutzfahrzeuge, Traktoren und Schiffe, die  
76 spätestens ab dem Jahr **2032** nur noch mit erneuerbaren Antrieben neu zugelassen  
werden.  
77 Flugzeuge und Hubschrauber werden spätestens ab dem Jahr **2035** nur noch mit  
78 erneuerbaren Antrieben zugelassen.
- 79 • Die **LKW-Maut** ist auf alle Straßen und alle Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen auszuweiten.  
80 LKW mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen werden unterhalb eines nutzlastabhängigen  
81 Schwellenwertes befristet von der Maut entlastet; CO<sub>2</sub>-freie Fahrzeuge werden  
82 vollständig von der Maut befreit.
- 83 • Eine **Investitionsoffensive Bahn** starten: Das Kaputtsparen muss aufhören. Der  
traurige  
84 Zustand unseres Schienennetzes und die Unzuverlässigkeit der Bahn liegen insbesondere  
85 in der Vernachlässigung von Ausbau und Unterhaltung. Die jährlichen Investitionen pro  
86 Person und Jahr in Deutschland liegen bei 60 Euro. In Österreich dagegen wird die  
87 vierfache Summe, in der Schweiz sogar die sechsfache Summe ausgegeben. Kurzfristig  
88 müssen die Ausgaben für die Bahn verdoppelt, mittelfristig eher vervierfacht werden.  
89 Der Mehrwertsteuersatz ist im ersten Schritt auf sieben Prozent zu senken,  
90 mittelfristig ist die Bahn von der Mehrwertsteuer zu befreien. Im innerdeutschen  
91 Verkehr muss die Bahn in Qualität und Preis zu einer echten Alternative zum  
92 Inlandsflugverkehr werden. Dazu muss die Schieneninfrastruktur entsprechend ausgebaut  
und das Angebot z.B. auch durch Nachtzüge ausgebaut werden. Gleiches gilt für die  
93 Attraktivierung der Bahn im Güterverkehr.  
94
- 95 • Den Flugverkehr in die CO<sub>2</sub>-Bepreisung einbeziehen, **Kerosin wie Benzin besteuern.**
- 96 • Die **vollständige steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Gebäudesanierung**  
für  
97 selbstnutzende Eigentümer\*innen ab Januar 2020 einführen. Die Förderung der  
98 energetischen Gebäudesanierung muss deutlich steigern.
- 99 • Eine Einspeiseverpflichtung der Netzbetreiber für **CO<sub>2</sub>-neutral produzierten**  
**Wasserstoff**  
100 **in das Erdgasnetz.** Dabei erhöht sich der prozentuale Anteil des einzuspeisenden CO<sub>2</sub>-  
101 neutralen Wasserstoffs entsprechend der Produktion aus Wind- und Sonnenstrom.
- 102 • **Bäume pflanzen:** Ab sofort sollten mindestens 0,5% des Bundeshaushaltes in  
Programme  
103 zur globalen Baumpflanzung fließen.
- 104 Wir können jetzt zeigen, dass Klimaschutz, wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand und  
105 gesellschaftlicher Zusammenhalt in einem Industrieland im 21. Jahrhundert Hand in Hand  
106 gehen. Wir würden massiv davon profitieren - sowohl durch höhere Lebensqualität, als auch  
107 mit Blick auf Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze der Zukunft. In Deutschland gibt es mehr  
108 als genug Energie und Ideenreichtum, um die entscheidenden Zukunftsfrage des 21.  
109 Jahrhunderts wieder entschlossen anzugehen. Der Moment dafür ist jetzt. Klare und mutige  
110 Entscheidungen sind erforderlich.
- 111 Dieses Papier ist auch ein Angebot zur Zusammenarbeit. Wir haben konkrete Vorschläge  
112 formuliert. Für ihre Umsetzung bieten wir sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat unsere  
113 Unterstützung an. Entscheidend ist, dass Deutschland seine nationalen, europäischen und

114 international verbindlich zugesagten Ziele erreicht. Über den besten und schnellsten Weg  
115 dorthin sind wir offen für jeden konstruktiven Dialog.

### 116 **(1) Kohleausstieg einleiten, Energiewende beschleunigen**

117 Der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien ist entscheidend für wirksamen und  
118 erfolgreichen Klimaschutz, denn nicht nur der Strombereich, sondern auch der Wärme- und  
119 Verkehrssektor werden zukünftig massiv erneuerbare Energie benötigen. Hierfür müssen wir  
120 Verkehr und Wärme zunehmend elektrisch versorgen und aus Strom Wasserstoff und Gas  
machen.

121 Dieser Ausbau wird derzeit vom klimaschädlichen Kohlestrom blockiert, für den nicht nur  
122 jährlich 240 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in die Luft geblasen werden, sondern der auch die Netze  
123 verstopft und gegenüber den Erneuerbaren einen unfairen Wettbewerbsvorteil hat.

124 Deutschland muss sich seinen Möglichkeiten entsprechend ambitionierte und verbindliche Ziele  
125 setzen. Wir GRÜNE fordern deshalb, dass sich Deutschland in einem Klimaschutzgesetz das Ziel  
126 setzt, mehr als 75 Prozent der Treibhausgasemissionen - (bezogen auf 1990) bis 2030  
127 einzusparen. Dabei müssen die Maßnahmen so gewählt werden, dass sie in Ihrer Gesamtheit  
128 geeignet sind dieses Ziel zu erfüllen. Die bisherigen Zielsetzungen der schwarz-roten  
129 Bundesregierung sind absolut nicht ausreichend.

#### 130 **a) Kohleausstiegsgesetz**

131 Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohle-Kommission „Wachstum, Strukturwandel,  
132 Beschäftigung“ hatte bereits Ende Januar 2019 einen Kompromiss für den Ausstieg aus der  
133 Kohleverstromung vorgelegt. Auch viele Monate später hat es die Große Koalition nicht  
134 geschafft, den Kohleausstieg einzuleiten. Um schnell Planungssicherheit zu schaffen, muss  
135 jetzt unverzüglich, wie in der Kohle-Kommission vereinbart, im Rahmen von transparenten  
136 Gesprächen ein verbindlicher Abschaltplan vorgelegt werden, damit

137 • bis Ende 2022 mindestens rund ein Viertel der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der  
138 Steinkohlekapazitäten abgeschaltet werden,

139 • für die Zeit nach 2022 ein verbindlicher Abschaltplan von Kohlekraftwerken, deren  
140 Betriebsdauer länger als 25 Jahre - und damit weitgehend entschädigungsfrei - ist, verbunden  
141 mit einer Übergangsfrist zur Abschaltung von drei bis vier Jahren, festgelegt wird

142 • und sichergestellt wird, dass das Strukturfördergesetz mit einem Volumen von 40 Milliarden  
143 Euro an konkrete Abschaltungen gekoppelt wird.

#### 144 **b) Energiewende beschleunigen**

145 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, von Speichern und Netzen, muss dringend beschleunigt  
146 werden. Das ist genauso klimapolitisch notwendig wie ökonomisch vernünftig, denn Energie aus

147 Wind und Sonne sind heute schon günstiger als neue Gas- und Kohlekraftwerke. Während  
148 weltweit immer mehr in Erneuerbare investiert wird, brechen im Land der Erfindung der  
149 „Energiewende“ die Investitionen ein. Um die Segel wieder in den Wind zu stellen, wollen wir  
150 bestehende regulatorische Hemmnisse beseitigen und so „ermöglichen“ statt „verhindern“.  
Denn

151 was wir derzeit erleben, ist das genaue Gegenteil. Trotz Klagen aus Energiewirtschaft und

152 Industrie bleibt die Bundesregierung untätig, obwohl die Unternehmen dringenden  
153 Klärungsbedarf haben und am überbordenden Maß bürokratischer Regeln verzweifeln. Wie geht  
154 es  
155 weiter, wenn der Ausbaudeckel von 52 GW für Solarenergie Mitte kommenden Jahres erreicht  
156 sein wird? Was passiert mit funktionstüchtigen aber nicht mehr geförderten Wind-, PV- und  
157 Biomasseanlagen, die es ab 2021 immer häufiger geben wird? Warum macht man Speicher  
158 unrentabel, indem man sie doppelt mit Steuern und Umlagen belegt? Darf bald jeder  
159 wahlkämpfende Landespolitiker sein Bundesland zur Tabuzone für den Windkraftausbau  
160 erklären?  
161 Diese und viele weitere Fragen stehen unbeantwortet im Raum und versprühen das Gift der  
162 Verunsicherung in einer Branche, die Milliardeninvestitionen zu stemmen hat und die dringend  
163 Planungssicherheit braucht.

164 Seit mehr als zwei Jahren beobachten wir einen Stillstand der Rechtssetzung, und immer  
165 wieder gab es Vorschläge, die den Zubau der Erneuerbaren weiter ausbremsen. Zahlreiche  
166 Bundesratsinitiativen aller Länder zeugen aber davon, dass es anders gehen kann, wenn man  
167 will:

- 168 • Es gilt alle Deckel im EEG zu streichen, damit die klimafeindliche Begrenzung des  
169 Ökostromausbaus beendet wird. Insbesondere den Ausbau der Windenergie an Land und den  
170 der  
171 Solarenergie müssen wir beschleunigen. Unser Ziel ist entsprechend wissenschaftlicher  
172 Empfehlungen (Sektorkopplungsstudie Prof. Dr. Quaschnig) ein Zubau von jährlich mindestens  
173 6 GW netto Wind an Land, 3 GW netto Wind auf See und 15 GW netto Photovoltaik. Uns ist klar,  
174 dass diese Anhebung des Zubaus an erneuerbaren Energie-Kraftwerken nicht von heute auf  
175 morgen möglich sein wird, weil die amtierende schwarz-rote Bundesregierung den Zubau der  
176 Erneuerbaren zu effektiv und verbunden mit viel Bürokratie vor die Wand gefahren hat. Durch  
177 vereinfachte Genehmigungsverfahren, die Bereitstellung von Flächen in öffentlicher Hand, die  
178 Nutzung aller zur Solarenergienutzung geeigneten Dächer öffentlicher Gebäude wie Schulen,  
179 Turnhallen, Finanzämter, Polizeistationen, Kasernen usw. und durch weitere geeignete  
180 Maßnahmen werden wir den Ausbau der Erneuerbaren aber wieder viel attraktiver und  
181 planbarer  
182 machen und das Tempo des Ausbaus der Erneuerbaren um ein Vielfaches steigern und 2030 bei  
183 100% Ökostrom angekommen zu sein.

- 184 • Die Einführung von Ausschreibungen hat zu einer erheblichen Reduzierung der noch in der  
185 Entwicklung stehenden Projekte geführt, die Einführung der Ausschreibungsmodelle müssen  
186 zurückgenommen werden. Die EU lässt auf Grundlage ihrer so genannten De-minimis-  
187 Regelungen  
188 ausdrücklich Ausnahmen von Ausschreibungen bei kleineren Anlagen zu. Diese Ausnahmen  
189 müssen  
190 genutzt werden, damit wieder mehr lokale und regionale Wertschöpfung bei den Menschen  
191 bleibt.

- 192 • Um das Potential unserer Städte und Industriegebiete für den PV-Ausbau zu nutzen, müssen  
193 wir die Mieterstromregelungen vereinfachen, Rechtssicherheit für Vermieter\*innen schaffen  
194 und die Ausschreibungen so anpassen, dass alle, die bauen wollen, auch zum Zuge kommen  
195 können. Außerdem muss die Solarenergie im Außenbereich ebenso wie die Windkraft privilegiert

190 werden.

191 • Das größte Hemmnis für den Zubau, insbesondere der Windkraft, ist ein Mangel an Flächen.  
192 Nur wenn rechtssicher Standorte zur Verfügung stehen, werden Planungen in Angriff  
193 genommen.

193 Wir brauchen darum ein nationales Flächenziel Windkraft und eine Überprüfung der  
194 bestehenden

194 Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und Naturschutz sowie des Planungsrechts.  
195 Zudem brauchen wir klare und einheitliche Leitlinien für die Koexistenz von Windenergie und  
196 Naturschutz. Um den Ausbau der Windkraft überall in Deutschland voranzubringen, muss er  
197 regional ausgeglichen erfolgen und mit den Zielen des Netzentwicklungsplans im Einklang  
198 stehen. Die im Netzausbaubereich vorgenommenen Einschränkungen im Norden des Landes  
199 müssen

199 aufgehoben werden.

200 • Gemeinsam mit Betreibern bestehender Wind-, PV- und Biogasanlagen wollen wir neue  
201 Geschäftsmodelle entwickeln und alle Regelungen streichen, die einen wirtschaftlichen  
202 Weiterbetrieb behindern. Auch Repowering muss am gleichen Standort möglich bleiben.

203 • Mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz 2.0 hat die Bundesregierung gerade den  
204 Rechtsrahmen für den Netzausbau angepasst. Die Wirkung bleibt zunächst abzuwarten und  
205 muss

205 engmaschig überwacht werden, um keine weiteren Verzögerungen beim Stromtransport zu  
206 riskieren.

207 • Wir fordern, dass der Ausbau auf Grundlage eines 100 Prozent erneuerbaren Energieszenarios  
208 geplant und umgesetzt wird. Um keine Potentiale zu verschenken, wollen wir alle Trassen, die  
209 neu gebaut werden, mit den maximalen Transportkapazitäten, also 525 KV-Leitungen,  
210 ausstatten.

211 • Wir wollen, dass die für eine erfolgreiche Energiewende dringend benötigten  
212 Speicherkapazitäten nicht länger künstlich aus dem Markt gedrückt werden. Hierfür muss der  
213 gespeicherte Strom von Letztverbraucherabgaben befreit werden. Dabei dürfen Netzausbau und

214 Speicher kein Widerspruch sein. Auf dem Weg in die Erneuerbare Welt brauchen wir beides  
215 gleichermaßen.

216 • Sinnvoll für einen schnellen Ausbau der Solarenergienutzung auf Dachflächen ist eine  
217 deutliche Anhebung der Vergütung pro kw/h. Die Ausschreibungspflicht für PV-Anlagen auf  
218 Gebäuden entfällt, Eigenverbrauch auch in Zeiten des Einspeisemanagements wird ermöglicht  
219 und die EEG-Umlage auf Eigenverbrauch abgeschafft, die Einspeisepflicht aufgehoben. Weil wir  
220 eine Vervielfachung der Solarenergieproduktion benötigen, setzen wir uns für die Abschaffung  
221 der Restriktionen zur Zulassung weiterer Flächen für einen schnellen PV-Ausbau ein. Bisher  
222 werden nur wenige Flächen im EEG als vergütungsberechtigt vorgesehen.

223 • Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Bereich von 110 m beiderseits von Autobahnen und  
224 Schienen sollen als landwirtschaftliche Nutzung, als sogenannte "Sonnen-Ernte", gelten.  
225 Dadurch sind für diesen Bereich weder Flächennutzungsplan (F-Plan) noch Bebauungsplan (B-  
226 Plan) anzupassen und der Ausbau der Solarenergienutzung ist zeitnah machbar. Die  
Verankerung

227 im Erdreich erfolgt dabei ohne Beton, sondern durch demontierbare Erdanker bzw.  
228 Erdschrauben. Und nachhaltig betriebene PV-Freiflächenanlagen sind deutlich insekten- und  
229 vogelfreundlicher als konventionell betriebene landwirtschaftliche Ackerflächen.

## 230 **(2) Ein fairer und ehrlicher Preis für CO<sub>2</sub>-Ausstoß**

231 Nur wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen, werden ökonomische Anreize für  
232 Klimaschutz gesetzt. Eine kohlenstoffneutrale Wirtschaft wird dann erreichbar sein, wenn  
233 Produktivität und Profitabilität sich auch daran bemisst, wie viel CO<sub>2</sub> ausgestoßen wurde.

234 Mit einem jährlich steigenden CO<sub>2</sub>-Preis tragen wir dazu bei, dass es einen einfachen,  
235 marktwirtschaftlichen Mechanismus gibt: Wer sorgsam mit unseren endlichen Ressourcen  
umgeht,

236 hat auf dem Markt einen Wettbewerbsvorteil vor dem, dessen Verhalten das Klima schädigt.  
237 Klimaschutz wird billiger. Klimazerstörung, deren Kosten bisher von der Allgemeinheit  
238 getragen werden, wird teurer. Heute ist es vielfach anders herum – das wollen wir ändern.

239 Wir wollen dem Ausstoß von CO<sub>2</sub> einen fairen Preis geben, der die ökonomischen Fehlanreize  
240 insbesondere im Verkehrs- und Wärmesektor beendet. Fossile Kraft- und Brennstoffe sollen  
241 deshalb mit einem Aufschlag auf den Marktpreis belegt werden. Dieser Aufschlag soll  
242 mittelfristig die Kosten der Klimaschäden abbilden. Damit dies sozial ausgewogen möglich ist  
243 und zugleich berücksichtigt, dass es in strukturschwachen Regionen mancherorts derzeit nur  
244 begrenzt klimafreundliche Alternativen (wie z.B. einen starken ÖPNV) gibt, sollten die  
245 Einnahmen als Senkung der Stromsteuer und als Energiegeld an alle Bürger\*innen wieder  
246 zurückgehen. Wer das Klima schont, zahlt weniger ein als er rausbekommt und hat am  
247 Jahresende Plus gemacht. Wer das Klima schädigt, zahlt dafür. Das gilt auch für Unternehmen.  
248 Dadurch erhöhen wir den Anreiz, auf klimafreundliche Technologien umzustellen und in  
249 Erneuerbare Energien und Effizienz zu investieren.

250 Drei Grundprinzipien sind für uns entscheidend:

251 • ökologisch wirksam: Es sollen möglichst viele Sektoren erfasst werden und der Preis  
252 möglichst schnell eine Lenkungswirkung haben, die eine Einhaltung der Klimaziele ermöglicht.  
253 Die CO<sub>2</sub>-Preise sollen sich deshalb mittelfristig an den realen CO<sub>2</sub>-Schadenskosten  
254 orientieren. Außerdem kommt es darauf an, den CO<sub>2</sub>-Preis zügig einzuführen. Wir können bei  
255 der Rettung des Klimas nicht erneut Jahre verschenken.

256 • sozial gerecht: Wir wollen die Bepreisung von CO<sub>2</sub> aufkommensneutral durchführen. Der Staat  
257 erhält keine neuen Einnahmen, sondern die Mittel fließen wieder an die Bürger\*innen sowie  
258 die Wirtschaft zurück. Außerdem soll der CO<sub>2</sub>-Preis so festgesetzt werden, dass dadurch von  
259 Beginn an der Umstieg zu klimafreundlicheren Technologien gefördert wird.

260 • ökonomisch sinnvoll: Versorgungssicherheit und Rentabilität von energieintensiven Branchen  
261 dürfen nicht gefährdet werden, um zu verhindern, dass energieintensive Industriezweige ins  
262 Ausland verlagert werden. Das würde unserem Land schaden, ohne dass damit etwas für das  
263 Klima gewonnen wäre. Dafür ist eine angemessene, planbare und verlässliche Entwicklung des  
264 Preises für CO<sub>2</sub> genauso entscheidend wie die Förderung von klimafreundlichen Alternativen  
265 und ein steuerlicher CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich: Importierte Produkte, bei deren Herstellung viel  
266 CO<sub>2</sub> oder CH<sub>4</sub> (Methan) freigesetzt wird, werden mit der heimischen CO<sub>2</sub>-Steuer belastet bis  
267 der exportierende Staat selber eine CO<sub>2</sub>-Steuer in ähnlicher Höhe wie in Deutschland erhebt.

268 Unternehmen, die in Deutschland produzieren und die am Emissionshandel EU ETS beteiligt  
269 sind, bekommen ihre Aufwendungen für Emissionszertifikate in voller Höhe erstattet, sofern  
270 die CO<sub>2</sub>-Steuer höher ist als der Zertifikatpreis.

## 271 **Eckpunkte eines CO<sub>2</sub>-Preises**

272 (A) Erhebung:

273 Wir wollen in Deutschland zeitnah einen CO<sub>2</sub>-Preis einführen. Davon sind zwei Bereiche  
274 betroffen:

275 • Für den Verkehrs- und Wärmesektor – also den Bereichen, in denen die  
276 Klimaschutzfortschritte bisher am geringsten sind – sollen die Energiesteuern auf Benzin,  
277 Diesel, Kerosin, Heizöl, Braunkohle, Steinkohle, Erdgas, Heizkohle und Heizgas um eine CO<sub>2</sub>-  
278 Preis-Komponente entsprechend der jeweiligen CO<sub>2</sub>-Emission ergänzt werden. Hier schlagen  
wir

279 einen Einstiegspreis von **60 Euro/t CO<sub>2</sub>- Emission** vor. Dieser CO<sub>2</sub>-Mindestpreis soll in jedem  
280 Jahr um mindestens 10% steigen und gilt äquivalent zur Klimaschädigung auch für  
281 Methanemissionen.

282 • In der Folge soll auch für den Bereich des Emissionshandels ein **CO<sub>2</sub>- Mindestpreis** in Höhe  
283 von möglichst schnell **60 Euro/t** gelten, um die Klimaziele zu erreichen. Unsere Nachbarn  
284 Frankreich und die Niederlande drängen darauf, gemeinsam den Schritt eines abgestimmten  
285 Mindestpreises zu gehen; dem sollte sich Deutschland anschließen.

286 Mit dieser Forderung bleiben wir zwar weit hinter den Berechnungen des Umweltbundesamtes  
mit

287 180 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>- Emission, so hoch sei der Schaden an Klima und Umwelt, den jede  
288 Tonne verursache. Um allen Wirtschaftszweigen einen kalkulierbaren Übergang zu ermöglichen  
289 steigen wir nicht in dieser Höhe der CO<sub>2</sub>-Bepreisung ein. Allerdings entsprechen unsere  
290 Forderung denen des Internationalen Währungsfonds, der vor den Kosten der Erderhitzung  
warnt

291 und einen Preis von etwa 60 Euro pro Tonne Co<sub>2</sub>-Emission vorschlägt.

292 Die konkrete Preisentwicklung in beiden Bereichen muss sich an den Zielen der Klimapolitik  
293 ausrichten. Zentral ist, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung durch weitere klimapolitische Maßnahmen in  
294 jedem Sektor ergänzt wird. Umfassende Förderprogramme für eine klimafreundliche  
295 Wirtschaftsweise (Dekarbonisierung der Industrie, Programme für Flottenumstellung auf E-  
296 Mobilität etc.), wie sie teilweise im Energie- und Klimafonds bereits eingestellt sind sowie  
297 Programme für weitere notwendige Anpassungen müssen zusätzlich zur Entlastung durch den  
298 niedrigeren Strompreis effizienter und wirtschaftlich sinnvoller umgesetzt bzw. neu  
299 aufgelegt werden. Je mehr CO<sub>2</sub>-Einsparung durch andere klimapolitische Instrumente erreicht  
300 wird, desto moderater kann die Preissteigerung in dem jeweiligen Sektor erfolgen. Dabei ist  
301 Planbarkeit von entscheidender Bedeutung, so dass wir ein unabhängiges Gremium  
vorschlagen,

302 das die stetige und lange angekündigte Preisanpassung vornimmt, die sich an den drei oben  
303 genannten Parametern ausrichtet. Insbesondere bei absehbaren Zielverfehlungen müssen die  
304 Preise für die entsprechenden Emissionssektoren angepasst werden.

305 (B) Rückzahlung:



306 Auch für die Rückzahlung gilt: Sie soll ökologisch wirksam, sozial gerecht und ökonomisch  
307 sinnvoll sein. Deshalb schlagen wir zwei Wege der Rückzahlung vor.

308 • Wir wollen die Stromsteuer nahezu abschaffen, indem wir sie auf den EU-Mindestsatz von 0,1  
309 bzw. 0,05 ct/kWh abzusenken. Das bringt für die Stromkund\*innen eine Entlastung von 6,5 Mrd.  
310 Euro und führt dazu, dass in allen Sektoren die Wende hin zu Erneuerbaren Energien  
311 beschleunigt wird. Außerdem wird damit die ungleiche Belastung zwischen privaten Haushalten,

312 Gewerbetreibenden und Mittelstand auf der einen Seite und Teilen der Industrie, die bereits  
313 heute privilegiert sind auf der anderen Seite reduziert.

314 • Da nicht alle Bürger\*innen – gerade im ländlichen Raum – von heute auf morgen auf  
315 umweltfreundliche Fahrzeuge und Heizungen umsteigen können, wollen wir die Kosten eines  
316 CO<sub>2</sub>-

317 Preises sozial abfedern und daher allen Bürger\*innen mindestens je 150 Euro pro Jahr als  
318 Energiegeld zurückzahlen, ausdrücklich auch Kinder ab Geburt. Diese Form der Entlastung hat  
319 sich bereits in anderen Ländern wie der Schweiz bewährt. Haushalte mit vier Personen  
320 bekommen so mindestens 600 Euro pro Jahr erstattet, der Strompreis verringert sich durch die  
321 Abschaffung der Stromsteuer durchschnittlich um weitere 60 Euro pro Jahr. Diese  
322 Rückerstattung soll nicht auf die Sozialleistungen angerechnet werden.

322 Durch die beiden Rückzahlungsmodelle werden insbesondere die entlastet, die wenig  
323 klimaschädliche Energieträger verbrauchen. In der Regel steigt der Energieverbrauch – und  
324 damit die Kosten – mit dem Einkommen. Durch die einheitliche Höhe der Rückzahlung für alle  
325 Bürger\*innen ist das Modell sozial ausgewogen. Dadurch profitieren Menschen mit geringem  
326 Einkommen überproportional. Dennoch wird es Härtefälle geben, die wir im Blick behalten  
327 wollen.

328 Deshalb wollen wir zusätzlich Förderprogramme sowohl für Unternehmen als auch für  
329 Privathaushalte auflegen. Damit werden wir z.B. Umstieg von Heizungen, die mit fossilen  
330 Brennstoffen betrieben werden, hin zu Wärmepumpen, Pelletheizungen und klimaneutralen  
331 Nah-

332 und Fernwärmenetzen beschleunigen. Im Mietwohnungsbestand wollen wir ein besonderes  
333 Augenmerk auf Quartierslösungen legen. Für den Umstieg auf klimaneutrale Verkehrsträger  
334 schaffen wir durch das Bonus-Malus-Konzept, im Steuerrecht und durch gezielte Förderung die  
335 Möglichkeiten, um auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen.

### 335 **(3) Klimaschutz einen rechtlichen Rahmen geben**

336 Bisher hat der Bundestag das Pariser Klimaabkommen zwar ratifiziert, der zugleich  
337 erforderliche verbindliche nationale Beitrag ist bisher im Rahmen des Klimaschutzberichtes  
338 lediglich eine Absichtserklärung, der es an Verbindlichkeit fehlt – nicht nur gegenüber dem  
339 UN-Klimasekretariat, sondern auch mit Blick auf die rechtsverbindliche Planungssicherheit im  
340 nationalen Kontext. Daher muss die Bundesregierung bis zum UN-Gipfel im September in New  
341 York ein Klimaschutzgesetz als rechtlichen Rahmen für die deutsche Klimapolitik mit einem  
342 alle Sektoren umfassenden Maßnahmenpaket vorlegen.

343 Senken wir nicht unsere Emissionen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft bis  
344 2030 wie in der Gemeinschaft der Europäischen Staaten zugesagt, drohen immense Kosten für  
345 den Ankauf von Verschmutzungsrechten. Bis 2030 stehen dann 30 bis 60 Milliarden Euro im  
346 Feuer. Schon jetzt hat die Bundesregierung hunderte Millionen Euro in der Haushaltsplanung

347 dafür vorgesehen. Sinnvoll wäre es, das Geld in Klimaschutz bei uns investieren. So schaffen  
348 wir mehr Lebensqualität durch besseren Verkehr und wärmere Wohnungen genauso wie mehr  
Arbeit  
349 und Wohlstand durch Investitionen in Deutschland.

350 Klimaschutzbilanzen und -pläne liegen in vielen Kommunen vor, werden aber nicht oder nur in  
351 Teilen umgesetzt. Die Kopplung von Umlagen und Zuschüssen an den CO2 Minderungszielen auf  
352 lokaler Ebene würde eine immense Entwicklung vorantreiben. Es sind oft die Gemeinden, die  
353 entscheiden, welche CO2-Minderungschancen als erste ergriffen werden.

354 Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem verbindlichen  
355 Monitoring der Maßnahmen und Ergebnissen sowie verankerten Korrekturmechanismen bei  
356 Zielverfehlung, können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad beim Klimaschutz kommen.  
357 Durch ein solches Klimaschutzgesetz werden auch endlich Verbindlichkeiten innerhalb der  
358 jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben. Denn das Erreichen der  
359 Klimaszutzziele kann nicht länger allein beim Bundesumweltministerium liegen, sondern muss  
360 als Querschnitt der Regierung auch die Ministerien, welche zuständig sind für Verkehr,  
361 Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft, in die Pflicht nehmen. Die Zielsetzung einer  
362 klimaneutralen öffentlichen Verwaltung muss ebenfalls in diesem Rahmengesetz festgelegt  
363 werden. Wir Grüne werden Klimaschutzklagen dritter zudem inhaltlich und  
364 finanziell unterstützen oder sie sogar selber führen.

365 Klimaschutzbilanzen liegen bei sehr vielen Kommunen vor, werden aber nicht oder nur in  
366 Teilen umgesetzt. Die Kopplung von Umlagen und Zuschüssen an den CO2 Minderungszielen auf  
367 lokaler Ebene würde eine immense Entwicklung vorantreiben. Es sind oft die  
368 Gemeinden/Kommunen, die entscheiden müssen, welche CO2 Minderungen als erstes  
angegangen  
369 werden sollen.

## 370 **Konkretisierende Maßnahmen zum Klimaschutzgesetz**

### 371 **Im Gebäudebereich**

372 Rund ein Drittel der gesamten CO2-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich. Ohne  
373 erhebliche Anstrengungen in diesem Bereich sind demzufolge sämtliche Klimaziele bis 2050  
374 Makulatur. Gleichzeitig weist insbesondere der Baubereich ein besonderes träges  
375 Umsteuerungsverhalten auf, da hier sehr lange Investitionszyklen von ca. 30 Jahren bestehen.  
376 Soll also das erklärte und notwendige Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands (Ziel  
377 Bundesregierung 2050; Ziel Grüne spätestens 2040) erreicht werden, ist ein sofortiges  
378 Umsteuern erforderlich – auch um nicht heute falsche Investitionsentscheidungen zu treffen,  
379 die vor Ablauf der Lebensdauer der Investition durch neuerliche Sanierung entwertet werden.

380 Da der Großteil des in Zukunft genutzten Gebäudebestandes bereits gebaut ist, kommt der  
381 Sanierung eine besondere Bedeutung zu. Hierfür braucht es ordnungsrechtliche und  
382 anreizorientierte Komponenten. Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt zugleich nur  
383 dann, wenn er sozial ist, d.h. dass Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben. Drei Maßnahmen, die  
384 sofort begonnen werden können, sind deshalb von besonderer Bedeutung:

385 1. Förderprogramm Faire Wärme: Mit einer Innovationsoffensive für die besten Klima-  
386 Investitionen in Gebäude und Wohnungen unterstützen wir selbstnutzende Eigentümer\*innen,  
387 Vermieter\*innen sowie Mieter\*innen. Wir helfen, zu tragbaren Kosten Zukunft zu gestalten und  
388 Klimaschutz gemäß der Ziele von Paris für alle zu ermöglichen. Dafür wollen wir im Rahmen  
389 des Programms „Faire Wärme“ zusätzlich Mittel für gute Planung, Investitionen und  
390 Bezahlbarkeit bereitstellen. Dieses zukunftsweisende Förderprogramm kann durch den Abbau  
391 umweltschädlicher Subventionen finanziert werden.

392 Die derzeitigen Mittel für erneuerbare Wärme, energetische Sanierung und Infrastruktur für  
393 die Wärmeversorgung müssen dazu verdoppelt und die Antragsverfahren vereinfacht werden,  
394 damit die Förderung gezielt wirkt. Die Kosten für Bauen, Sanieren und Wohnen müssen  
395 klimaverträglich und fair für alle verteilt werden. Neben der Klima-Modernisierung  
396 öffentlicher Gebäude setzen wir u.a. auf gemeinschaftlich geplante Sanierungsprojekte. Wir  
397 unterstützen damit die Kommunen in der örtlichen Wärme- und Sanierungsplanung und  
398 erleichtern die erneuerbare Energieversorgung durch eine moderne und gut vernetzte  
399 Infrastruktur. Im Rahmen einer Quartiersförderung wollen wir warmmietenneutrale Sanierungen  
400 für Mieter\*innen mit kleinem Einkommen ermöglichen. Ergänzend führen wir einen  
Klimazuschuss  
401 ein, damit sich auch die Empfängerinnen von Wohngeld klimafreundliche Wohnungen leisten  
402 können.

403 2. Steuerliche Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden: Die bereits 2011  
zwischen  
404 Bundesregierung und Bundesrat verhandelte steuerliche Förderung als Anreiz für energetische  
405 Sanierung wollen wir endlich umsetzen. Gerade private Eigenheimbesitzer\*innen benötigen  
406 steuerliche Anreize zur Gebäudesanierung. Der Steuerbonus muss klimapolitisch wirksam  
407 ausgestaltet sein. Es dürfen darum nur Maßnahmen gefördert werden, die nachweislich auf dem  
408 vom Pariser Abkommen vorgegeben Minderungspfad liegen. Durch eine  
progressionsunabhängige  
409 Abschreibung müssen alle gleichermaßen davon profitieren, und die Sonderabschreibung muss  
410 analog zur KfW-Förderung ausgestaltet sein.

411 Dieser Bereich ist für die Erreichung der Klimaziele von großer Bedeutung, er ist aber auch  
412 ein Konjunkturprogramm für unser Handwerk und den Mittelstand. Wir fordern daher die  
413 Bundesregierung auf, den Ball noch einmal aufzugreifen. Klar muss sein, dass die Kommunen  
414 nicht auf den Kosten der steuerlichen Förderung sitzen bleiben dürfen. Die Bundesregierung  
415 sollte lieber in dieses Projekt investieren als in Strafzahlungen für die Nichteinhaltung  
416 der Klimaziele.

417 3. Effizientes Gebäude-Energie-Gesetz / Erneuerbare Wärme Neben Anreizen bedarf es auch  
418 klarer ordnungsrechtlicher Vorgaben für den Gebäudebestand. Mit dem Erneuerbare-Wärme-  
Gesetz  
419 (EWärmeG) hat Baden-Württemberg eine Blaupause für den Bund geschaffen. Es verpflichtet die  
420 Eigentümer\*innen bestehender Wohn- und Nichtwohngebäude erneuerbare Energien  
einzusetzen,  
421 sobald sie ihre Heizungsanlage austauschen. Die Wirkung des EWärmeG wurde Ende 2018  
422 evaluiert: Es war sehr erfolgreich und hat über die Einsparung durch den eigentlichen

423 Heizungstausch hinaus zu einer jährlichen Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 110.000 bis  
424 170.000 t CO<sub>2</sub> pro Jahr geführt. Heute werden in Baden-Württemberg mehr Erneuerbare  
Energien  
425 im Wärmesektor eingesetzt als in jedem anderen Bundesland.  
426 Für den Neubau von Gebäuden ist hingegen eine Anpassung der bestehenden Energievorgaben  
auf  
427 den Passivhaus-Standard anzustreben, wir freuen uns über jedes Plus-Energiehaus. Legt man  
428 eine Betrachtung der Lebenszykluskosten anstelle einer rein auf die Kapitalkosten  
429 orientierten Betrachtung des Wirtschaftlichkeitsbegriffs zugrunde, so relativieren sich die  
430 erhöhten Investitionskosten erheblich. Dies wird durch die Einführung des vorgeschlagenen  
431 Instruments eines CO<sub>2</sub>-Preises zusätzlich verstärkt.

### 432 **Im Verkehrsbereich**

433 Deutschland braucht möglichst schnell eine Verkehrswende. Das Versagen der Bundesregierung  
434 ist in diesem Bereich besonders eklatant, denn seit Jahren steigt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, statt zu  
435 sinken. Dass die Verkehrswende nicht vorangebracht wurde, mindert die Lebensqualität der  
436 Bürger\*innen. Die Straßen sind dreckig, laut und verstopft. Das muss sich ändern. Deshalb  
437 wollen wir uns von den fossilen Verbrennern verabschieden. Inzwischen gibt es aus der  
438 Automobilindustrie deutliche Signale, dass das verstanden wird. Hinzu kommt, dass wir die  
439 Bahn stärken und konkurrenzfähig machen müssen, so dass der Umstieg von Fliegern –  
440 insbesondere auf der Kurz- und Mittelstrecke – auf die Schiene möglich wird. Wir wollen eine  
441 intelligent aufeinander abgestimmte Mobilität zwischen abgasfreiem Auto, elektromobiler Bahn  
442 und ÖPNV, Rad- und Fußverkehr auf den Weg bringen, die auch erschwinglich ist.

443 Drei Bereiche sind deshalb besonders wichtig:

444 (A) Weg vom fossilen Verbrenner – Förderung der E-Mobilität

445 Der Umstieg auf klimaschonende Antriebe ist zentral für den Klimaschutz. Und er ist  
446 entscheidend, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu sichern. Wir fordern unabhängig davon  
447 ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, weil dies dem Klima, dem Lärmschutz und der  
448 Sicherheit dient. Weltweit wird gerade das Auto neu erfunden – die Ära des fossilen  
449 Verbrennungsmotors geht unweigerlich zu Ende. Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie  
450 entscheidet sich daran, ob sie bei dieser Veränderung doch noch vorne mit dabei ist.  
451 Deutschland hat dafür weltweit mit die besten Ingenieur\*innen. Nun braucht es politisch  
452 einen ehrgeizigen Rahmen, der ein planbares Ende des fossilen Verbrennungsmotors schafft  
453 sowie die notwendige Förderung dieser Umstellung.

454 • Dafür muss erstens die Ladeinfrastruktur massiv ausgebaut werden. Dies muss sowohl  
455 öffentliche als auch private Ladestationen umfassen. Hierzu braucht es mehr öffentliche  
456 Investitionen, bürokratische Hürden im Miet- und Wohneigentumsrecht müssen abgebaut und  
eine

457 Mindestquote von Ladepunkten an Stellplätzen eingeführt werden.

458 • Zudem müssen wir nun den Markthochlauf von E-Autos befördern. Die erfolglose Kaufprämie  
459 der Bundesregierung wollen wir durch ein Bonus- Malus-System in der Kfz-Steuer ersetzen. Das  
460 heißt: Rein elektrische Fahrzeuge sollen eine Gutschrift erhalten, während Spritschlucker

461 stärker an den ökologischen Kosten beteiligt werden. Dieses Bonus-Malus-System ist sozial  
462 gerecht und kann ökologisch lenken. Zugleich wollen wir das Dienstwagenprivileg beenden.

463 • Wir wollen zudem den Umstieg von gewerblichen Flotten, z.B. von Handwerkern oder  
464 Pflegediensten, beschleunigen. Hierfür gilt es auf der einen Seite endlich die vom Bundesrat  
465 schon lange geforderten Sonderabschreibungen im Steuerrecht zu verankern. So befördern wir  
466 den Flottenhochlauf und sorgen für einen attraktiven Gebrauchtwagenmarkt, von dem alle  
467 Autokäufer profitieren können. Aber auch Mittel der direkten Förderung sind erforderlich.

468 (B) Einführung eines Mobilpasses / Förderung ÖPNV

469 Bus und Bahn brauchen kräftigen Rückenwind, damit noch mehr Menschen umsteigen.  
Zuverlässig,  
470 schnell und preisgünstig auf einem engmaschigen Nahverkehrsnetz – so stellen wir uns  
471 Elektro-Busse, Straßenbahnen und die Bahn von morgen vor. Wir wollen insbesondere die  
472 Chancen der Digitalisierung nutzen und alle öffentlichen Verkehrsangebote verbinden und mit  
473 einer einzigen Smartcard oder App nutzbar machen – dem grünen MobilPass. Den klassischen  
474 ÖPNV vernetzen wir mit neuen Mobilitätsdienstleistungen wie Car-, Bike- und Ridesharing. Mit  
475 dem grünen MobilPass erfolgt die Abrechnung automatisch und einheitlich. Begleitend dazu  
476 wollen wir die Aufwendungen für Bus und Bahn durch die öffentliche Hand rasch verdoppeln.

477 (C) Bahn attraktiver machen als Fliegen

478 Bei der Wahl des Verkehrsmittels entscheiden die Bürgerinnen und Bürger vor allem anhand der

479 Kriterien Kosten, Komfort und Reisezeiten. Deshalb ist es unser Ziel, klimafreundliche  
480 Verkehrsmittel wie die Bahn attraktiver zu machen und so die Menschen zum Umsteigen zu  
481 bewegen. Wir wollen, dass mehr Menschen die Bahn nehmen und weniger den Flieger. Ein  
erster  
482 und wichtiger Schritt ist, den Steuervorteil der Bahn gegenüber dem Flugverkehr endlich zu  
483 beseitigen. Dafür wollen wir eine Kerosinbesteuerung mindestens auf Inlandsflügen einführen  
484 und mit diesen Mitteln den Mehrwertsteuersatz auf Bahntickets absenken.

485 Außerdem braucht es ein besseres Netz von Schnellzügen und ein breites Angebot an  
Nachtzügen  
486 in Deutschland und Europa. Die Investitionen des Bundes in das Schienennetz müssen  
487 kurzfristig verdoppelt, mittelfristig vervierfacht werden. Bis 2035 sind nahezu alle  
488 Strecken zu elektrifizieren oder die alten Diesel-Loks durch emissionsfreie Antriebssysteme  
489 zu ersetzen. Und auf den großen Bahnsteigüberdachungen wünschen wir uns gerade von dem  
490 großen Energieverbraucher DB möglichst viele Photovoltaikanlagen.

491 (D) Für die Ausweitung der Mobilitätswende auf LKW, Flugzeuge und Schiffe!

492 Die Europäische Kommission hat eine Strategie für emissionsfreie Mobilität vorgelegt und der  
493 Bundesrat hat sich wie wir GRÜNE dafür ausgesprochen, ab dem Jahr 2030 nur noch PKW neu  
494 zuzulassen, die nicht fossile Energien verbrennen. Die ökologische Modernisierung des  
495 Verkehrssektors und der Ausbau von Bus, Bahn, Mitfahrzentralen und Carsharing sind große  
496 Chancen für Unternehmen und Beschäftigte, für Verbraucher\*innen und deren ökologische  
497 Rucksäcke, für Klima, Umwelt und Gesundheit. Wir erkennen, dass Unternehmen außerhalb von  
498 Deutschland und Europa die Nase beim Thema emissionsfreie Mobilität und bei Innovationen  
499 vorn haben.

500 Daher schlagen wir GRÜNE vor, schon jetzt auch für LKW, Busse, Baumaschinen, Nutzfahrzeuge,  
501 Schiffe, Traktoren, Hubschrauber und Flugzeuge verbindliche Schritte zu erneuerbaren  
502 Antrieben zu vereinbaren. Dadurch haben Mittelstand und Industrie die Möglichkeit, sich  
503 frühzeitig auf entsprechende Entwicklungen einzustellen und nicht von diesen überlaufen zu  
504 werden. Der Ausstieg aus der klimafeindlichen und gesundheitsschädlichen Verbrennung  
505 fossiler Rohstoffe ist auch in diesen Bereichen technisch machbar, er ist klimapolitisch  
506 unerlässlich und industriepolitisch enorm wichtig für ganz Europa.

507 **Wir setzen auf jährlich angepasste Zulassungsquoten zur schrittweisen Reduzierung**  
508 **der**  
509 **fossilen Mobilität mit dem Ziel, dass LKW, Busse, Baumaschinen, Nutzfahrzeuge,**  
510 **Traktoren und**  
511 **Schiffe spätestens ab dem Jahr 2032 nur noch mit erneuerbaren Antrieben neu**  
512 **zugelassen**  
513 **werden.** Hintergrund dafür ist auch die Lebenserwartung der Fortbewegungsmittel: Liegt diese  
514 beispielsweise bei für Schiffe niedrig angesetzten 25 Jahren, so würden im Jahr 2032 in  
515 Betrieb genommene Schiffe noch bis zum Jahr 2057 laufen und dabei klima- und  
516 gesundheitschädliches Schweröl verbrennen. Länger geht nicht, wenn noch etwas Eis an den  
517 Polen und Gletschern übrig bleiben und der Meeresspiegelanstieg zumindest verlangsamt  
518 werden  
519 soll.

520 Wir setzen uns dafür ein, dass spätestens ab 2040 ausschließlich Schiffe mit erneuerbaren  
521 Antrieben deutsche Binnengewässer befahren dürfen, diese Regelung kann gerne europaweit  
522 übernommen werden. In allen Häfen sind die Schiffe durch Landstromanschlüsse mit  
523 Elektrizität zu versorgen. Schweröl ist deutlich höher zu besteuern.

524 **Jährlich angepasste Zulassungsquoten sollen dafür sorgen, dass spätestens ab 2035**  
525 **Flugzeuge**  
526 **und Hubschrauber nur noch erneuerbar betrieben neu zuzulassen werden.** Schließlich  
527 wäre es  
528 auch in diesem Bereich etwa durch erneuerbar erzeugten Wasserstoff oder nachhaltig  
529 produziertes Bio-Kerosin möglich, sich klimafreundlicher fortzubewegen als dies bisher bei  
530 der fossilen Kerosin-Verbrennung der Fall ist. Liegt die Nutzungszeit der Flugzeuge  
531 beispielsweise bei 20 Jahren, so würden im Jahr 2035 in Betrieb genommene fossile Flugzeuge  
532 noch bis zum Jahr 2055 klima- und gesundheitsschädlich fliegen. Länger geht nicht, wenn noch  
533 einige Korallen in den überhitzten Meeren und möglichst viele Tierarten übrig bleiben  
534 sollen. Erneuerbare Treibstoffe sind zertifiziert nachhaltig herzustellen und zu verwenden.

535 **Um Ausflaggungen und Umgehungen zu verhindern, streben wir gerade hinsichtlich**  
536 **der vielen im**  
537 **internationalen Verkehr eingesetzten Schiffe und Flugzeuge eine Regelung auf**  
538 **europäischer**  
539 **Ebene an.**  
540 Die Zulassung im Luftverkehr wird ohnehin von der EASA als Flugsicherungsbehörde der  
541 Europäischen Union geregelt. Wir Grüne gehen mit der schrittweisen Ausweitung der sauberen  
542 Mobilität vom PKW auf LKW, Busse, Baufahrzeuge, Schiffe, Hubschrauber und Flugzeuge nur

den

535 nächsten logischen Schritt für Klima-, Arten-, Lungenschutz und nachhaltige Arbeitsplätze.

### 536 **In der Landwirtschaft**

537 Die Agrarproduktion ist für ca. 15% der anfallenden CO<sub>2</sub>-Äquivalente in Deutschland  
538 verantwortlich. Zugleich ist die Landwirtschaft einer der Bereiche, die am härtesten unter  
539 der Klimakrise leiden. Im Durchschnitt der letzten 15 Jahre mussten Bäuerinnen und Bauern  
540 nach Zahlen des UBA durchschnittliche jährliche Ertragsausfälle von ca. 470 Millionen Euro  
541 verkraften – infolge von Wetterextremen wie Dürre, Hagel und Starkregen. Dabei ist der  
542 Dürresommer 2018 noch gar nicht eingerechnet. Klar ist, dass eine vollständig emissionsfreie  
543 Landwirtschaft nicht möglich ist. Dennoch muss auch hier bis 2050 die Hälfte der Emissionen  
544 eingespart werden, um durch das Pariser Klimaabkommen für 2050 vorgegeben

Minderungspfad der

545 Emissionen von mindestens 95 Prozent zu erreichen. Der viel zu hohe Tierbesatz, die damit  
546 verbundenen immensen Güllemengen, der Einsatz mineralischer Düngemittel, der  
humuszehrende

547 intensive Ackerbau und die Entwässerung von Mooren, kurz die agroindustrielle  
548 Produktionsweise, hat eben nicht nur Tierleid, Gewässerverschmutzung und die Entwertung von

549 Böden zur Folge, sondern schädigt auch unser Klima.

550 Um das Ruder herumzureißen, muss die Agrarpolitik der Bundesregierung ab sofort eine  
551 Landwirtschaft unterstützen, die mit und nicht gegen die Natur arbeitet:

552 • Die EU-Agrarförderung in Höhe von ca. 60 Mrd. Euro pro Jahr muss an eine klimafreundliche  
553 Produktion gekoppelt werden.

554 • Der viel zu hohe Tierbestand muss verringert werden. Dazu haben wir in einem Pakt für  
555 Faire Tierhaltung ganz konkrete Maßnahmen wie eine Bindung der Tierhaltung an die Fläche,  
556 bessere Tierschutzstandards, eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung sowie  
557 Förderprogramme zur Umstellung vorgelegt, mit deren Umsetzung die Bundesregierung sofort  
558 beginnen kann und muss.

559 • Um die Gülleflut und die Überdüngung durch zu viel Mineraldünger zu stoppen (und um  
enorme  
560 Strafzahlungen an die EU zu vermeiden), muss die Bundesregierung jetzt endlich die Vorgaben  
561 der EU-Nitratrichtlinie erfüllen.

562 • Mit einem Stopp von Grünlandumbrüchen und einer Förderung der Regeneration von  
Moorböden

563 kann umgehend eine stärkere Kohlenstoffbindung der Böden erreicht werden

### 564 **Bäume pflanzen!**

565 Bäume sind unsere gewachsenen Verbündeten, wenn es darum geht, CO<sub>2</sub> zu binden. Auch ein  
Teil

566 der menschengemachten Emissionen kann so gebunden werden. Daher sollten ab sofort  
mindestens

567 0,5% des Bundeshaushaltes in Programme zur globalen Baumpflanzung fließen. Diese Mittel in  
568 Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr sollen für Baumpflanzungs-Initiativen z.B.

569 entlang von Feldwegen und zusätzliche Naturwaldflächen in Deutschland genutzt werden, aber

570 auch zu Baumpflanzungs-Initiativen in anderen Ländern und Regionen unserer Welt, denn unser  
571 Klima hält sich nicht an Grenzen.

## Begründung

„Vor dem Hintergrund des im Jahr 2015 im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziels, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu beschränken, sprechen die Forscher eine Warnung aus. Sollte die Erwärmung tatsächlich auf zwei Grad ansteigen, wäre die Lebensgrundlage von bis zu 500 Millionen Menschen weltweit bedroht - unter anderem durch Wassermangel und durch die Ausdehnung von Wüsten.“

<https://www.tagesschau.de/ausland/bericht-weltklimarat-101.html>

## weitere Antragsteller\*innen

Nico Paulus (Rastatt/Baden-Baden KV); Johannes Mihram (Berlin-Mitte KV); Dietmar Günther (Dresden KV); Baukje Dobberstein (Hannover RV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Jens Polster (Celle KV); Frank Schumacher (Kiel KV); Sira Berkhan (Karlsruhe-Land KV); Karin Kahlbrandt (Göttingen KV); Julian Breitschwerdt (Karlsruhe-Land KV); Marcel Kühle (Mainz KV); Stefan Galle (Herford KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Thomas Behr (Lüneburg KV); Andreas Strozewski (Freyung-Grafenau KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Wolfgang Denzler (Hamburg-Wandsbek KV); Rüdiger Tonojan (Emmendingen KV); sowie 5 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.